



## Beschluss

### des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Antrag** der Abgeordneten **Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Matthias Enghuber, Petra Högl, Andreas Jäckel, Jochen Kohler, Dr. Franz Rieger, Andreas Schalk, Sylvia Stierstorfer CSU,**

**Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders, Gabi Schmidt, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Robert Riedl, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 18/19715, 18/21614

### **Anvertraut und ausgeliefert – Schicksal und Geschichte von Verschickungskindern anerkennen, aufarbeiten, sichtbar machen**

Die Staatsregierung wird aufgefordert, darüber zu berichten, wie im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel das Leid von Verschickungskindern anerkannt, aufgearbeitet und sichtbar gemacht werden kann.

Dazu sollen insbesondere

- Möglichkeiten des Aufbaus bzw. der Förderung bedarfsorientierter Unterstützungsinfrastrukturen (wie zum Beispiel Anlauf- und Beratungsstellen oder therapeutische Hilfsangebote) für Verschickungskinder geprüft werden,
- die Möglichkeiten einer wissenschaftlichen Aufarbeitung durch geeignete Maßnahmen wie Forschungsstipendien oder Fachsymposien geprüft werden,
- die Recherchearbeit von Betroffenen und deren Organisationen unterstützt und in diesem Sinne auf die Öffnung aller relevanten Archive hingewirkt werden,
- im persönlichen Austausch mit ehemaligen Trägern bzw. deren Rechtsnachfolgern die aktive Aufarbeitung ihrer Verschickungsheimgeschichte eingefordert und für eine kooperative Haltung und Zusammenarbeit geworben werden,
- auf eine strukturelle Einbeziehung des Freistaates in die Aufklärungsarbeit des Bundes hingewirkt und die Umsetzung der durch die Jugend- und Familienministerkonferenz der Länder (JFMK) beschlossenen Aufklärung auf Bundesebene eingefordert werden.

Dabei müssen Transparenz, Offenheit und unabhängige Aufklärung die Maßstäbe der Aufarbeitung für die Situation der damals betroffenen Kinder und Jugendlichen sein. Alle relevanten Akteure und Betroffenen sowie (mit-)verantwortlichen Träger und Stellen sollen sich einbringen und zur zielgerichteten Aufklärung und Bewältigung beitragen.

Die Präsidentin

I.V.

**Markus Rinderspacher**

V. Vizepräsident